

# GROSSER RAT

Februarsession 2023

## Anfrage Krättli betreffend solide Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Integration

Die Eidgenössische Bürgerrechtsverordnung regelt die sprachlichen Mindestanforderungen zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts. Sie verweist auf den sechsstufigen europäischen Referenzrahmen für Sprachen. Einbürgerungswillige müssen mindestens B1 mündlich und A2 schriftlich aufweisen. Den Kantonen steht es frei, höhere Hürden zu verlangen. Die Mindestanforderungen sind eher tief. Das ist offenbar auch der Grund, dass in der Schweiz bereits politische Forderungen gestellt werden, Abstimmungsbroschüren in andere Sprachen zu übersetzen. Dies mit der Begründung, dass bei Beherrschung des Niveaus A2 die Voraussetzungen für die Einbürgerung zwar erfüllt sind, die eingebürgerte Person aber kaum in der Lage ist, am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Muss man knappe Sprachkenntnisse wirklich mit Übersetzungen wettmachen? Nein. Ziel muss sein, die sprachliche Integration von Einbürgerungswilligen stärker zu fördern. Die Sprache ist der Schlüssel zu Land und Leuten, Gesellschaft, Arbeitswelt, Kultur und Politik. Ein normales Gespräch mit Muttersprachlern zu führen ist für die Teilnahme am öffentlichen Leben unabdingbar.

Wer die heutige Mindestanforderung A2 (zweittiefste von sechs Stufen) aufweist, kann Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstehen, die mit Bereichen von ganz unmittelbarer Bedeutung zusammenhängen (z. B. Informationen zur Person und zur Familie, Einkäufe, Arbeit, nähere Umgebung), und kann sich in einfachen, routinemässigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch von Informationen über vertraute und geläufige Dinge geht.

Niveau B1 heisst, man kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Man kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im Sprachgebiet begegnet. Man kann sich einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessengebiete ausspielen.

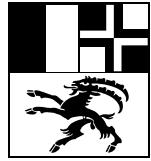
Das Niveau B2 bedeutet, dass man die Hauptinhalte komplexer Texte zu konkreten und abstrakten Themen verstehen kann. Man kann sich so spontan und fliessend verständigen, dass ein normales Gespräch mit Muttersprachlern ohne grössere Anstrengung auf beiden Seiten gut möglich ist. Man kann sich zu einem breiten Themenspektrum klar und detailliert ausdrücken, einen Standpunkt zu einer aktuellen Frage erläutern und die Vor- und Nachteile verschiedener Möglichkeiten angeben.

Vor diesem Hintergrund stellen die Unterzeichnenden folgende Frage:

Ist die Regierung bereit, sofern der Kanton hierzu das Recht hat, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend zu ändern und zu ergänzen, dass zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts mündliche Kenntnisse einer Kantonssprache (Deutsch, Italienisch oder Rätoromanisch) entsprechend dem Referenzniveau B2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen des Europarats (GER) und schriftliche Kenntnisse einer Kantonssprache entsprechend dem Referenzniveau B1 nachgewiesen werden?

Chur, 15. Februar 2023

**Krättli**, Menghini-Inauen, Morf, Casutt, Cortesi, Della Cà, Dürler, Favre Accola, Gort, Grass, Heim, Hug, Metzger, Roffler, Sgier, Städler, Weber



Sitzung vom

17. April 2023

Mitgeteilt den

19. April 2023

Protokoll Nr.

302/2023

### Anfrage Krättli

betreffend solide Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Integration

### Antwort der Regierung

Das Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBÜG; BR 130.100) wurde letztmals am 13. Juni 2017 totalrevidiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Kanton Graubünden darauf verzichtet, schriftliche Fertigkeiten in einer Kantonssprache (Deutsch, Rätoromanisch oder Italienisch) zu fordern. Gemäss Art. 5 Abs. 2 lit. d der Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden vom 13. Dezember 2005 (aKBÜV; BR 130.110) war es ausreichend, über mündliche Sprachkenntnisse entsprechend dem Referenzniveau B1 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) zu verfügen. Die auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzte Revision des Bundesgesetzes über das Schweizer Bürgerrecht (BüG; SR 141.0) verlangt neu neben mündlichen auch schriftliche Sprachkenntnisse. Der Bund hat in der Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht (BüV; SR 141.01) ein Referenzniveau von B1 im mündlichen bzw. A2 im schriftlichen Bereich vorgesehen. Gemäss Botschaft der Regierung an den Grossen Rat vom 21. Februar 2017 zur Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes (Heft Nr. 12/2016-2017, S. 746, Art. 6 lit. c) wurde vermerkt, dass es dem Kanton frei stehe höhere Ansprüche an die Sprachkenntnisse zu stellen, was aber nicht geplant sei. Der Grossrat nahm am 13. Juni 2017 den Artikel 6 betreffend Integrationskriterien einstimmig an (Grossratsprotokoll Junisession 2017, S. 1040, Art. 6) und das totalrevidierte Bürgerrechtsgesetz und die totalrevidierte Verordnung zum Bürgerrechtsgesetz wurden auf den 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

Gesamtschweizerisch haben sich die Mehrheit der ein- oder maximal zweisprachigen Kantone für die schriftlichen Sprachkompetenzen auf dem Referenzniveau A2 und mündliche Sprachkompetenzen auf dem Referenzniveau B1 entschieden. Einzig die Kantone Nidwalden, Schwyz und Thurgau verlangen Sprachkenntnisse auf Referenzniveau B1 mündlich und B2 schriftlich. Die Kantone Basel-Land und St. Gallen

sehen für die mündlichen und schriftlichen Sprachkenntnisse das Referenzniveau B1 vor.

Die im KBÜV getroffene Lösung hat sich bis anhin gut bewährt. Der Schwerpunkt wird weiterhin auf die mündlichen Sprachkompetenzen gelegt. Damit gelingt auch eine konsequente Umsetzung des "Stufenmodels der Integration", indem jeweils strengere Sprachanforderungen als bei der Erteilung der Niederlassungsbewilligung gefordert wird. Die verlangte sprachliche Integration stellt sicher, dass sich die einbürgerungswilligen Personen im alltäglichen Leben verständigen können. Texte des alltäglichen Lebens werden verstanden und können mündlich wiedergegeben werden. Die Grundlage für die Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, am Arbeitsprozess und das Vertrautsein mit den kantonalen und kommunalen Verhältnissen ist somit gegeben. Die verlangte sprachliche Integration ist ein Teil der Beurteilung durch die zuständigen Behörden auf Stufe Gemeinde, Kanton und Bund und nur, wenn diese insgesamt positiv ausfällt, erfolgt eine Einbürgerung.

Die Einbürgerung wie vorgeschlagen zu erschweren, ist zudem hinsichtlich eines Wohnortwechsels der ausländischen Bevölkerung zwischen den Sprachregionen des Kantons Graubünden ungünstig. In den Jahren 2020, 2021 und 2022 wurden jährlich durchschnittlich 290 erwachsene Personen eingebürgert. Im Schnitt waren davon 237 Personen deutscher oder italienischer Muttersprache oder sie absolvierten in der Schweiz die gesetzlich vorgeschriebene Schulzeit oder verfügten über den geforderten Schulabschluss. Bei durchschnittlich 53 Personen war ein Sprachnachweis erforderlich. Daraus lässt sich schliessen, dass die Mehrheit der eingebürgerten erwachsenen Personen über Sprachkenntnisse verfügen, die weit über die minimalen sprachlichen Anforderungen hinausgehen.

Aufgrund dieser Ausführungen besteht für die Regierung kein Anlass die gesetzlichen Anforderungen auf das Referenzniveau B2 im mündlichen Bereich und auf das Referenzniveau B1 im schriftlichen Bereich des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen des Europarats (GER) anzuheben.



Der Präsident:

Peter Peyer

Namens der Regierung

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

# CUSSEGL GROND

Sessiun da favrer 2023

## Dumonda Krätti concernent enconuschientschas linguistica solidas per ina integraziun reussida

L'Ordinaziun federala davart il dretg da burgais regla las pretensiuns linguisticas minimalas per obtregnair il dretg da burgais svizzer. Ella renviescha al Rom europeic communabel da referencia per las linguas da sis stgalims. Persunas che vulan acquistar il dretg da burgais ston preschentar almain in B1 a bucca ed in A2 en scrit. Ils chantuns èn libers d'auzar questas pretensiuns. Las sfidas minimalas èn plitost bassas. Quai è para er il motiv, ch'i vegnan gia fatgas pretensiuns politicas en Svizra, da translatar las broschuras da votaziun en autres linguas. Quai cun l'argumentazion che las enconuschientschas dal nivel A2 bastian bain per ademplir las premissas per la naturalisaziun, che la persuna che ha survegnì il dretg da burgais na saja cun questas enconuschientschas però strusch abla da pudair participar a la vita politica, sociala ed economica. Ston ins propi cumpensar magras enconuschientschas linguistica cun translaziuns? Na. La finamira stoi esser da promover pli fitg l'integrazion linguistica da persunas che vulan acquistar il dretg da burgais. La lingua è la clav al pajais ed a la glieud, a la sociedad, al mund da lavour, a la cultura ed a la politica. Da pudair manar in discurs normal cun persunas da lingua materna è indispensabel per participar a la vita publica.

Tgi che ha las enconuschientschas minimalas pretendidas actualmain dal A2 (segund pli bass stgalim da sis stgalims), po chapir frasas ed expressiuns che vegnan duvradas savens, che han in connex cun ils secturs d'importanza tut directa (p.ex. infurmaziuns davart la persuna e davart la famiglia, cumpras, lavour, proxims conturns), e po communitgar en situaziuns simplas, da rutina, nua ch'i va per in barat simpel e direct d'infurmaziuns davart chaussas enconuschetas e famigliaras.

Nivel B1 vul dir, ch'ins chapescha ils puncts principals, sch'i vegn duvrada ina clera lingua da standard e sch'i sa tracta d'objects famigliars da la lavour, da la scola, dal temp liber e.u.v. Ins dumogna la gronda part da las situaziuns ch'ins inscuntra sin viadis tras il territori linguistic correspondent. Ins sa manar in discurs simpel e coherent davart tematicas famigliarias e davart champs d'interess persunals.

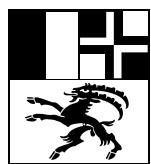
Il nivel B2 signifitga ch'ins chapescha ils cuntegns principals da texts complexs e da temas concrets ed abstracts. Ins sa s'exprimer en moda spontana e fluida, uschia ch'in discurs normal cun persunas da lingua materna è bain pussaivel er senza grondas stentas da tuttas duas varts. Ins sa s'exprimer en moda clera e detagliada davart in vast spectrum da temas, declarar in punct da vista davart ina dumonda actuala ed inditgar ils avantatgs ed ils dischavantatgs da differentas pussaivladads.

En vista a questi fatgs tschentan las sutsegnadas ed ils sutsegnaders la suandanta dumonda:

È la Regenza pronta – premess ch'il chantun haja il dretg da far quai – da midar e cumplettar las basas legalas en quel senn, ch'i ston vegnir cumprovadas enconuschientschas a bucca d'ina lingua chantunala (tudestg, talian u rumantsch) che correspundan al nivel da referencia B2 dal Rom europeic communabel da referencia per las linguas dal Cussegl da l'Europa (RECR) ed enconuschientschas en scrit d'ina lingua chantunala che correspundan al nivel da referencia B1 per obtregnair il dretg da burgais svizzer?

Cuira, ils 15 da favrer 2023

**Krätti,** Menghini-Inauen, Morf, Casutt, Cortesi, Della Cà, Dürler, Favre Accola, Gort, Grass, Heim, Hug, Metzger, Roffler, Sgier, Städler, Weber



Sesida dals

17 d'avrigl 2023

Communityà ils

19 d'avrigl 2023

Protocol nr.

302/2023

### Dumonda Krättli

concernent enconuschienschas linguistica solidas per ina integraciun reussida

### Resposta da la Regenza

La Lescha dal dretg da burgais dal chantun Grischun (LDBchant; DG 130.100) è vegnida revedida totalmain l'ultima giada ils 13 da zercladur 2017. Fin a quest mument aveva il chantun Grischun desistì da pretendere abilitads d'ina lingua chantunala en scrit (tudestg, rumantsch u talian). Tenor l'art. 5 al. 2 lit. d da l'Ordinaziun tar la Lescha dal dretg da burgais dal chantun Grischun dals 13 da december 2005 (ODBchant; DG 130.110) bastavi d'avair enconuschienschas linguistica a bucca confumas al nivel da referencia B1 dal Rom europeic communabel da referencia per las linguas (RECR). La revisiun da la Lescha federala davart il dretg da burgais svizzer (LDB; CS 141.0) ch'è entrada en vigur il 1. da schaner 2018 pretenda da nov – ultra d'enconuschienschas linguistica a bucca – er enconuschienschas linguistica en scrit. En l'Ordinaziun davart il dretg da burgais svizzer (OBurg; CS 141.01) preveva la Confederaziun in nivel da referencia B1 a bucca resp. A2 en scrit. Tenor missiva da la Regenza dals 21 da favrer 2017 al Cussegl grond tar la revisiun totala da la Lescha chantunala dal dretg da burgais (carnet nr. 12/2016–2017, p. 746, art. 6 lit. c) èsi vegnì remartgà, ch'il chantun Grischun saja liber da pretendere cumpetenzas linguistica pli autas, quai na saja però betg planisà. Ils 13 da zercladur 2017 ha il Cussegl grond approvà unanimain l'artitgel 6 che pertutga ils criteris d'integrazione (Protocol dal Cussegl grond da la sessiun da zercladur 2017, p. 1040, art. 6) e la revisiun totala da la Lescha dal dretg da burgais e la revisiun totala da l'Ordinaziun tar la Lescha dal dretg da burgais èn vegnidà messas en vigur per il 1. da schaner 2018.

En l'entira Svizra è la maioritat dals chantuns monolings u bilings sa cunvegnida ad in nivel da referencia A2 per las cumpetenzas linguistica en scrit ed ad in nivel da referencia B1 per las cumpetenzas linguistica a bucca. Sulettamain ils chantuns Sutsilvania, Sviz e Turgovia pretendan enconuschienschas linguistica dal nivel da referencia B1 a bucca e B2 en scrit. Ils chantuns Basilea-Champagna e Son Gagl

prevesan per las enconuschienschas linguisticas a bucca ed en scrit il nivel da referencia B1.

La soluziun ch'è vegnida concludida en la ODBchant è sa cumprovada bain fin ussa. La prioritad vegn er vinvant messa sin las enconuschienschas a bucca. Uschia garategia er ina realisaziun consequenta dal «model d'ina integraciun progressiva», tras quai che las pretensiuns linguisticas èn mintgamai pli severas che per la concessiun da la permissiun da domicil. L'integraciun linguistica pretendida garantescha, che las personas che vulan acquistar il dretg da burgais pon sa far chapir en la vita da mintgadi. Ils texts da la vita da mintgadi pon vegnir chapids ed exprimids a bucca. La basa per la participaziun e l'interess a la vita sociala, al process da lavur e per l'enconuschienschaft da las relaziuns chantunalas e communalas è uschia avant maun. L'integraciun linguistica pretendida è ina part dal giudicament tras las autoritads competentas sin stgalim communal, chantunal e federal e mo, sche quest giudicament è tut en tut positiv, suonda ina naturalisaziun.

Da vulair engrevgiar la naturalisaziun sco proponì, è plinavant disfavuraivel, sch'ins considerescha che la populaziun estra pudess midar domicil entaifer il chantun Grischun d'ina regiun linguistica en in'autra. Ils onns 2020, 2021 e 2022 èn en media mintga onn vegnidas naturalisadas 290 personas crescidas. En media eran 237 da questas personas da lingua materna tudestga u taliana u ch'ellas avevan absolvì en Svizra il temp da scola ch'è prescrit tenor la lescha u ch'ellas avevan il diplom da scola pretendì. En media han 53 personas stuì preschentar ina cumprova linguistica. Da quai pon ins trair la conclusiun, che la maioritad da las personas crescidas che acquistan il dretg da burgais han enconuschienschas linguisticas ch'èn bler pli autas che las pretensiuns linguisticas minimalas.

Sin basa da questas explicaziuns n'exista per la Regenza nagin motiv d'auzar las pretensiuns legalas per las enconuschienschas a bucca sin il nivel da referencia B2 e per las enconuschienschas en scrit sin il nivel da referencia B1 dal Rom europeic communabel da referencia per las linguas (RECR).



Il president:

Peter Peyer

En num da la Regenza

Il chancelier:

Daniel Spadin

# **GRAN CONSIGLIO**

Sessione di febbraio 2023

## **Interpellanza Krättli concernente solide conoscenze linguistiche per un'integrazione riuscita**

L'ordinanza federale sulla cittadinanza disciplina i requisiti linguistici minimi per l'acquisizione della cittadinanza svizzera. Essa rimanda al quadro di riferimento per le lingue europee, composto da sei livelli. Le persone che desiderano naturalizzarsi devono disporre almeno di un livello B1 orale e di un livello A2 scritto. I Cantoni sono liberi di fissare requisiti più elevati. I requisiti minimi sono piuttosto bassi. A quanto pare ciò è anche la ragione per cui in Svizzera la politica ha già avanzato delle richieste affinché i libretti di voto vengano tradotti in altre lingue. La motivazione è che la padronanza del livello A2 soddisfa i requisiti per la naturalizzazione, tuttavia la persona naturalizzata è a malapena in grado di partecipare alla vita politica, sociale ed economica. È davvero necessario colmare le scarse conoscenze linguistiche con le traduzioni? No. L'obiettivo deve essere una maggiore promozione dell'integrazione linguistica delle persone che desiderano naturalizzarsi. La lingua è la chiave per capire il Paese e la sua gente, la società, il mondo del lavoro, la cultura e la politica. Intrattenere una conversazione normale con persone madrelingua è imprescindibile per la partecipazione alla vita pubblica.

Chi soddisfa il requisito minimo odierno A2 (il secondo livello più basso su un totale di sei livelli) riesce a comprendere frasi ed espressioni di uso frequente relative ad ambiti di immediata rilevanza (ad es. informazioni di base sulla persona e sulla famiglia, acquisti, lavoro, geografia locale) e riesce a comunicare in attività semplici e di routine che richiedono solo uno scambio di informazioni semplice e diretto su argomenti familiari e abituali.

Il livello B1 significa che la persona è in grado di comprendere i punti essenziali di messaggi chiari in lingua standard su argomenti familiari che affronta normalmente al lavoro, a scuola, nel tempo libero ecc. Se la cava in molte situazioni che si possono presentare viaggiando in una regione dove si parla la lingua in questione. Sa produrre testi semplici e coerenti su argomenti che gli siano familiari o siano di suo interesse.

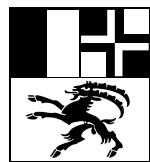
Il livello B2 significa che la persona è in grado di comprendere le idee fondamentali di testi complessi su argomenti sia concreti sia astratti. La persona è in grado di interagire con relativa scioltezza e spontaneità, tanto che l'interazione con un parlante nativo si sviluppa senza eccessiva fatica e tensione. Riesce a esprimersi in modo chiaro e articolato su un'ampia gamma di argomenti e a illustrare il proprio punto di vista su un argomento d'attualità, esponendo i pro e i contro delle diverse opzioni.

In questo contesto le firmatarie e i firmatari pongono la seguente domanda:

Il Governo è disposto, nella misura in cui il Cantone ne ha il diritto, a modificare e a integrare le basi giuridiche affinché per l'acquisizione della cittadinanza svizzera si debbano dimostrare conoscenze orali di una lingua cantonale (tedesco, italiano o romancio) conformemente al livello di riferimento B2 del quadro comune europeo di riferimento per le lingue del Consiglio d'Europa (QCER) e conoscenze scritte di una lingua cantonale conformemente al livello di riferimento B2?

Coira, 15 febbraio 2023

**Krättli, Menghini-Inauen, Morf, Casutt, Cortesi, Della Cà, Dürler, Favre Accola, Gort, Grass, Heim, Hug, Metzger, Roffler, Sgier, Städler, Weber**



Seduta del

17 aprile 2023

Comunicato il

19 aprile 2023

Protocollo n.

302/2023

### **Interpellanza Krättli**

concernente solide conoscenze linguistiche per un'integrazione riuscita

### **Risposta del Governo**

La legge sulla cittadinanza del Cantone dei Grigioni (LCCit; CSC 130.100) è stata sottoposta a revisione totale l'ultima volta il 13 giugno 2017. Fino ad allora, il Cantone dei Grigioni aveva rinunciato a richiedere competenze scritte in una lingua cantonale (tedesco, romancio o italiano). Conformemente all'art. 5 cpv. 2 lett. d dell'ordinanza sulla cittadinanza del Cantone dei Grigioni del 13 dicembre 2005 (ex OCCit; CSC 130.110), era sufficiente disporre di conoscenze linguistiche orali equivalenti al livello di riferimento B1 del Quadro comune di riferimento europeo (QCER). Oltre alle conoscenze linguistiche orali, la revisione della legge federale sulla cittadinanza svizzera (LCit; RS 141.0) posta in vigore con effetto al 1° gennaio 2018 richiede a titolo di novità anche conoscenze linguistiche scritte. Nell'ordinanza sulla cittadinanza svizzera (OCit; RS 141.01) la Confederazione ha previsto un livello di riferimento B1 per quanto riguarda le competenze orali e A2 per quanto riguarda le competenze scritte. Conformemente al messaggio del Governo al Gran Consiglio del 21 febbraio 2017 relativo alla revisione totale della legge cantonale sulla cittadinanza (quaderno n. 12/2016-2017, p. 746, art. 6 lett. c) è stato osservato che il Cantone sarebbe libero di porre requisiti più elevati in termini di conoscenze linguistiche, ma che ciò non sarebbe previsto. Il 13 giugno 2017 il Gran Consiglio ha accolto all'unanimità l'articolo 6 concernente i criteri d'integrazione (protocollo del Gran Consiglio sessione di giugno 2017, p. 1040, art. 6) e la legge sulla cittadinanza e l'ordinanza sulla cittadinanza, entrambe sottoposte a revisione totale, sono state poste in vigore con effetto al 1° gennaio 2018.

A livello nazionale la maggior parte dei Cantoni monolingui o al massimo bilingui ha deciso di fissare quale requisito il livello di riferimento A2 per quanto riguarda le competenze linguistiche scritte e il livello di riferimento B1 per quanto riguarda le competenze linguistiche orali. Solo i Cantoni di Nidvaldo, Svitto e Turgovia richiedono il livello di riferimento B1 per quanto riguarda le conoscenze linguistiche orali e il livello

di riferimento B2 per quanto riguarda le conoscenze linguistiche scritte. I Cantoni di Basilea Campagna e San Gallo prevedono il livello di riferimento B1 per quanto riguarda le conoscenze linguistiche orali e scritte.

Finora, la soluzione adottata nell'OCCit si è rivelata valida. L'attenzione rimane focalizzata sulle competenze linguistiche orali. È così possibile attuare in modo coerente il "modello progressivo di integrazione", prevedendo requisiti linguistici più severi rispetto a quelli necessari per ottenere il permesso di domicilio. L'integrazione linguistica richiesta garantisce che le persone che desiderano naturalizzarsi possano essere in grado di comunicare nella vita di tutti i giorni. Queste persone capiscono i testi della vita quotidiana e sono in grado di riportarli a voce. Le basi della partecipazione alla vita sociale e al processo di lavoro nonché la familiarità con le realtà cantonali e comunali sono così date. L'integrazione linguistica richiesta è una parte della valutazione effettuata dalle autorità competenti a livello comunale, cantonale e federale e una naturalizzazione avviene solo se questa ha un esito positivo.

Rendere più difficile la naturalizzazione come proposto è inoltre sfavorevole dal punto di vista di un trasferimento del domicilio della popolazione straniera tra le regioni linguistiche del Cantone dei Grigioni. Negli anni 2020, 2021 e 2022 sono stati naturalizzati in media 290 adulti all'anno. In media, 237 di queste persone erano di lingua madre tedesca o italiana, avevano frequentato in Svizzera le scuole dell'obbligo oppure erano in possesso del diploma scolastico richiesto. Una comprova delle competenze linguistiche è stata necessaria per una media di 53 persone. Ciò permette di concludere che la maggior parte degli adulti naturalizzati dispone di conoscenze linguistiche ampiamente superiori ai requisiti linguistici minimi.

Sulla base di quanto esposto, per il Governo non vi è ragione di portare i requisiti legali al livello di riferimento B2 del quadro comune europeo di riferimento per le lingue del Consiglio d'Europa (QCER) per quanto riguarda le competenze linguistiche orali e al livello di riferimento B1 per quanto riguarda le competenze linguistiche scritte.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin